Mitteilungen

des Syndikus des
Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
Erscheinen nach Bedarf

Nr. 1 | 14. März 1922 | Jahrg. IV

61 Mitteilungen des Syndikus. 14. 3. 22.

An die Leser der „Mitteilungen"!

Die Neuorganisation der „Mitteilungen".

Mit der vorliegenden Nummer beginnen die „Mitteilungen des Syndikus" den vierten Jahrgang ihres Erscheinens in völlig veränderter Form. Die bisherige Benutzung hatte den Mißstand ergeben, daß die in den einzelnen Heften im Laufe eines Jahres gebrachten Mitteilungen, wenn sie späterhin wieder gebraucht wurden, erst nach langem Suchen und nur verstreut gefunden werden konnten. Hierin wird die Neuerung Abhilfe bringen. Daneben sollen die „Mitteilungen" aber auch entsprechend der immer grösseren Vielgestaltigkeit antisemitischer Angriffe immer mehr zu einer umfassenden Sammlung apologetischen Materials im weitesten Sinne ausgestaltet werden.

Die „Mitteilungen" werden das wertvollste Material unseres Zeitungsarchivs durch fortlaufende Veröffentlichung unsern Freunden nutzbar machen. Um jedem die Anlage eines Archivs zu ermöglichen, das sein Material auf diesem Wege erhält, mußte die Form der Mitteilungen entsprechend dem System des Archivs gewählt werden. Auch dem, dessen Zeit für die geringe Mühewaltung der Durcharbeit nicht ausreichen sollte, gestatten die am Schlusse jeder Nummer erscheinenden alphabetischen Schlagwortverzeichnisse ein rasches und sicheres Verwerten des Materials.

Die Grundlage des Berliner Zeitungsarchivs bildet ein Register, das in systematischer Anordnung unser ganzes Gebiet, die einzelnen Abteilungen laufend mit Nummern versehen, enthält. Die Artikel der Mitteilungen zeigen deshalb folgendes Bild: Ueber der Ueberschrift befindet sich eine Zeile, in der neben einer Ziffer ein Stichwort und ein Datum stehen. Die Ziffer bedeutet die Abteilung des Registers, das Stichwort gibt kurz die Gruppe an, in die die Notiz inhaltlich gehört, und das Datum ist das des Erscheinungstages der Mitteilungen. Wenn Artikel unter mehreren Gesichtspunkten eingeordnet oder verwertet werden können, so befinden sich unter den Ziffern, die diesen Gesichtspunkten entsprechen, Hinweise auf die Ziffer, unter der sich das Material tatsächlich befindet. Ebenso werden Hinweise dann eingefügt, wenn aus irgendwelchen Gründen Artikel außerhalb der Reihenfolge abgedruckt werden. Das alphabetische Verzeichnis am Schlusse enthält die aus der jeweiligen Nummer sich ergebenden Stichworte. Jede selbständige Notiz ist so gedruckt, daß sie ohne Beschädigung einer anderen ausgeschnitten werden kann. Darum ist einseitiger Druck gewählt worden. Der Nutzen dieser

Neuordnung wird sich dann klar erweisen, wenn viel Material im Laufe der Zeit erschienen sein wird. Von unseren Freunden erbitten wir Uebersendung jedes auch nur mittelbar apologetisch verwendbaren Materials — vor allem philosophischer, volkswirtschaftlicher und geschichtlich-politischer Natur. Nun wird es an ihnen liegen, die Mittel, die wir ihnen darbieten, stark und wirksam zu nützen.

Gebrauchsanweisung.

I. Für flüchtige Leser.

Wer nicht hinreichend Zeit hat, die untenstehende Gebrauchsanweisung zu befolgen, braucht nur das alphabetische Verzeichnis am Ende jeder Nummer auszuschneiden und vorn in seine Sammelmappe zu legen.

II. Für sorgfältige Leser.

a) Die einzelnen Aufsätze und Notizen sind zu zerschneiden, wenn nötig — bei kleinen Notizen oder solchen, die über zwei Spalten gedruckt sind — aufzukleben und nach der Reihenfolge ihrer Nummern in einer bzw. mehreren Mappen zu sammeln. Auch die Notizen, die nur Hinweise enthalten, sind an den entsprechenden Stellen einzuordnen.

b) Die einzelnen Reihen des alphabetischen Inhaltsverzeichnisses sind auseinanderzuschneiden und auf Pappkarten zu kleben. Diese Karten werden in Kästchen alphabetisch geordnet aufbewahrt.

Nach gewisser Zeit werden wir durch Umfrage feststellen, wer sich tatsächlich ein Archiv angelegt hat. Diesen werden wir dann das systematische Register übersenden.

Dr. Ludwig Holländer.

---

242 14. 3. 22.

Der Verband nationaldeutscher Juden im christlichen Urteil.

242 14. 3. 22.

Dr. Naumann und Graf Reventlow.

Der „Reichswart" hatte in Nr. 51 v. J. die Naumannsche Gründung einer scharfen Kritik unterzogen. Gegen diese Beurteilung wandte sich Dr. Naumann in einem Schreiben, in dem er ausführt, er verzichte, Reventlow von der tatsächlichen Unrichtigkeit seiner Ansichten zu überzeugen, er erkenne aber die sachliche Form der Kritik an und glaube deshalb erwarten zu dürfen, dass zwei tatsächliche Irrtümer durch unverkürzten Abdruck seines Schreibens berichtigt werden würden. Graf Reventlow setzt sich im „Reichswart" Nr. 7 vom 18. Februar d. J., ohne das Schreiben selbst abzudrucken, mit diesem kritisch auseinander (wobei er das Verlangen Naumanns, sechs Seiten lange Briefe abzudrucken, mehr als jüdisch, denn als nationaldeutsch bezeichnet). Die eine tatsächliche Richtigstellung bezieht sich auf die Annahme, der Verband nationaldeutscher Juden sei der Deutschen Volkspartei attachiert worden. Dies sei falsch. Der Verband „sei weder irgendeiner Partei attachiert, noch werde er sich attachieren lassen". Dagegen führt Reventlow aus: Schon vor der tatsächlichen Gründung des Verbandes habe Naumann diesen gerade in volksparteilichen Blättern propagiert. Bei den Veranstaltungen des Verbandes sei die Gründung hauptsächlich von volksparteilichen Politikern mit hoher Genugtuung gefeiert worden. Die volksparteiliche Presse habe den Verband in durchaus zustimmendem Sinne begleitet, was von der Presse keiner anderen Partei behauptet werden könne. Die Deutsche Volkspartei sei allerdings zu einem Teile derart zusammengesetzt, dass der Verband natürlichermassen und von selbst sich ihr „attachiert". Bis auf weiteres bleibe in der Tat die an Gewissheit grenzende Wahrscheinlichkeit, dass der Verband nationaldeutscher Juden wenn nicht — Herr Dr. Naumann lehnt das ab — eine „jüdische Untergruppe der Deutschen Volkspartei", so doch ihr rein jüdischer Ausläufer sei.

Der zweite tatsächliche Irrtum sei der, dass der Verband den Kernpunkt der Judenfrage in der Religionsverschiedenheit erblickt haben solle. „Wir sind uns voll bewusst," schreibt Naumann, „dass die Artverschiedenheit, aus deren Ueberspritzung die Judenfeindschaft einerseits und der Zionismus andererseits sich entwickelt hat, nicht die Religionsverschiedenheit, sondern die Stammesverschiedenheit ist." Allerdings sei er nicht der Ansicht, dass das Blut für alle Zeiten die Stellung zur Umwelt bestimmen müsse. Die Abstammung bedinge zwar gewisse Eigentümlichkeiten, äusserliche und innerliche, die bisweilen verschwänden und dann wieder hervortreten, aber das sei bei jedem Stamme der Fall. Hiergegen führt Reventlow aus: Der Gegensatz jüdisch—christlich, wie ihn der bekannte „Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" hinstelle, sei der Gipfel der Unwahrhaftigkeit. Noch unglaublicher aber sei die Behauptung Dr. Naumanns, dass die „Uebersprítzung der Artverschiedenheit" Ursache der Judenfeindschaft sei. Was Dr. Naumann Judenfeindschaft nenne, hätten sich die Juden selbst zuzuschreiben. Nach längeren, in ihrer Art bekannten Ausführungen über die eigene Schuld der Juden am Antisemitismus stellt Reventlow die Behauptung auf, dass die Judenfrage für die Deutschen in jeder Beziehung eine Machtfrage

sei. „Die Machtfrage gilt allen Formen gegenüber," heisst es hier wörtlich, „in denen das Judentum auftritt. Je nach den Lagen und Konjunkturen ist das Judentum immer ein *Proteus* gewesen. Dieser Vielgestaltigkeit und den mit durch sie erreichten Täuschungen der Gastvölker oder von Teilen von ihnen sind die Erfolge der Juden zuzuschreiben. Auf einem fliessenden Gewässer sieht man die Wellen gegeneinanderlaufen, sich einander brechen, wenn die Richtung des Windes derjenigen der Strömung entgegengesetzt ist. . . . Die „*Strömung*" *aber geht ruhig ihren Weg* weiter und mit anderen Worten die ganze Wassermasse, auch die mannigfachen *richtungtäuschenden Kräuselungen der Oberfläche*, weil diese eben die Oberfläche der dahinströmenden Wassermasse ist. Nicht anders verhält es sich letzten Endes mit diesen Kräuselungen an der *Oberfläche des Judentums*. Man darf sich durch sie nicht täuschen lassen, sie auch nicht für ein von innen herausgetretenes Symptom nehmen."

Reventlow geht dann, nachdem er die *Ostjudenfrage* kurz berührt hat, auf die Behauptung Naumanns ein, die *Artverschiedenheit* habe mit der Zugehörigkeit eines Menschen zu einer *Nation* nichts zu tun, da diese sich nach dem *Gefühl*, nicht nach *körperlichen* Momenten richte; das Gefühl wiederum bestimme sich nach der Kultur. Die Zurückweisung eines grossen Teiles deutschempfindender Juden geringer Aeusserlichkeiten wegen, die sie aus der Ghettozeit noch hinübergebracht hätten, bedeute eine schwere Ungerechtigkeit. An dieser Stelle erinnert Reventlow Herrn Naumann an seine eigene Behauptung, dass die gewissen Eigenschaften des Juden, welche zuweilen verschwänden, nach unabänderlichen Naturgesetzen von Zeit zu Zeit wieder auftreten. Daraus folgert Reventlow, der Naumann hierin durchaus beistimmt, dass ein im *Augenblick nationaldeutsch empfindender Jude* mithin *nicht die geringste politische Garantie für die Zukunft biete*. Dass Naumann die Kultur für das Primäre und das Gefühl für das Sekundäre halte, sei falsch. Gerade das Umgekehrte treffe zu. Hier heisst es wörtlich: „Dass auf einer anerzogenen Kultur, besonders durch Generationen hindurch, sich einerseits ein *sekundäres* Gefühl bilden kann, ist sicher, aber jenes *primäre „Gefühl"*, *das eigentliche Ich des Menschen und des Volkes, wird beinahe immer bleiben und bisweilen durchbrechen, ganz besonders aber . . . bei den Juden*.

Der Verband nationaldeutscher Juden habe letzten Endes den Willen zur Macht als Ursprung und Leitmotiv. Er wolle Macht und Einfluss und anerkannte Geltung für sich und seine Mitglieder. Er sei da und verlange, dass man ihm nationalerseits Gelegenheit zur Betätigung gebe und bei seinen Mitgliedern den Gedanken ausschalte, sie seien Juden. „Dies Verlangen," meint Reventlow, „ist vom *jüdischen Machtstandpunkt* gesehen verständlich, vom deutschen Standpunkte muss es als unberechtigt, als schädlich und gefährlich abgelehnt und bekämpft werden. . . . Dann aber sei . . . auf die rein praktische Ueberlegung hingewiesen, dass es . . . für die Leiter des Verbandes ein Ding der Unmöglichkeit ist, seine neuen Mitglieder wirklich auf Herz und Nieren zu prüfen,

zu wissen, was sie *jetzt* wirklich *sind*, und was sie *später sein* werden."

Es sei unklug, im politischen Leben Erscheinungen erst nach ihren Früchten zu beurteilen, wie es der Verband wolle; denn wenn erst die Früchte da sind, sei das Unheil schon geschehen. Dazu komme die *ererbte jüdische Verstellungskunst mit der Taktik, überall unter falscher Flagge einzudringen*. Mit zunehmender Stärke des Verbandes würde er auch in immer stärkere Beziehungen zu Kreisen des deutschen Judentums treten, die anderer politischer Ansicht sind und auch nach Kultur und Gefühl anders stehen, und so würde es letzten Endes wieder die Solidarität des Judentums ergeben. Am Schlusse heisst es: „Jede Erscheinung muss bekämpft werden, welche geeignet ist, den Deutschen zu *verschleiern*, dass sie *von Juden beherrscht* werden, dass sie ihr religiöses und kulturelles Innen- und Aussenleben durch *uralte jüdische Täuschungen* beherrschen lassen, dass gerade für die *deutsche Eigenart und Schwäche die jüdische Eigenart und ihre Betätigung Gift ist*."

---

242 14. 3. 22.

Der „Vorwärts" über den „Verband nationaldeutscher Juden".

In einer Zuschrift an den „Vorwärts" beklagt sich *Dr. Naumann* über die Folgerungen, die in der Broschüre „*Jüdischer Antisemitismus und Arbeiterschaft*" Carl Eisfeld-Hagen an die Gründung des Verbandes nationaldeutscher Juden geknüpft hat. In diesem Schreiben („Vorwärts" vom 1. März 1922, Abendausgabe) heisst es: „Der Verband nationaldeutscher Juden treibt *keinerlei Politik*, am wenigsten solche, die als *reaktionär* bezeichnet werden könnte. . . . Zu den Mitgliedern des Verbandes gehören *Angehörige* der verschiedensten politischen Parteien, insbesondere auch zahlreiche *Demokraten* und *Sozialdemokraten*. Wir haben den Grundsatz der Unparteilichkeit bei jeder Gelegenheit in Wort und Schrift auf das entschiedenste betont. . . . Trotz dieser unserer klaren Stellungnahme wird von Juden, die uns bekämpfen, weil ihnen ihr Judentum über das Deutschtum geht, immer wieder die Lüge von unserer „reaktionären" Einstellung verbreitet und leider auch vielfach geglaubt.

Wir bedauern es auf das lebhafteste, dass sozialistisch gesinnte Deutsche jüdischen Glaubens, die in ihrer Auffassung des echten, mit Nationalismus in keiner Weise identischen Nationalgefühls zu uns gehören, sich durch diese Treibereien abhalten lassen, unserem Verbande beizutreten, was gewiss das beste Mittel gegen „reaktionäre" Entgleisungen wäre. Und wir bedauern nicht minder, dass nichtjüdische Sozialisten sich ebenfalls irreführen lassen und Bestrebungen bekämpfen, die als ein Schritt auf dem Wege zu wahrer deutscher Volksgemeinschaft jedem klardenkenden Sozialdemokraten sympathisch sein müssten."

Hierzu bemerkt der „*Vorwärts*":

„Der Verband des Herrn Dr. Naumann hätte sich nach unserer Ansicht manches Missverständnis ersparen können, wenn er in seiner Agitation mit weniger Entgleisungen gearbeitet hätte. So scheint uns der

von Herrn Dr. Naumann auch in diesem Briefe wieder erhobene Vorwurf gegen die Juden, denen „ihr Judentum über das Deutschtum geht“, durchaus geeignet zu sein, völlig falsche Vorstellungen über die Denkweise der grossen Mehrheit der deutschen Juden zu erwecken und dadurch in der Tat antisemitischen Verhetzungen Vorschub zu leisten. Wenn Herr Dr. Naumann seine Worte auf die Gruppe der Zionisten beschränken würde, so könnte man ihnen eine gewisse Berechtigung zuerkennen. Aber wie die Schriften des Verbandes nationaldeutscher Juden ergeben, bezieht sich dieser Vorwurf viel weniger auf die Zionisten, als auf die von Dr. Naumann so betitelte „Zwischenschicht“. Damit meint Dr. Naumann z. B. den Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Dass dieser sich gegen solche Verdächtigungen zur Wehr setzt, kann man ihm nicht verübeln.

Für uns Sozialdemokraten liegt allerdings das Problem ganz anders als für Dr. Naumann wie auch für seine Gegner, weshalb wir auch die Tendenz der Eisfeldschen Broschüre nicht voll zu billigen vermögen. Als Sozialdemokraten betrachten wir die Politik unter dem Gesichtspunkt der materialistischen Geschichtsauffassung, d. h. der Klassengegensätze, und nicht der rassemässigen Verschiedenheit der Einzelindividuen. Wir haben hier schon einmal ausgeführt, dass wir es ganz verständlich finden, wenn ein Teil der deutschen Juden nach seiner materiellen Lage innerlich rechts gerichtet ist, und dass wahrscheinlich weit mehr deutsche Juden den Rechtsparteien angehören würden, wenn sie nicht durch deren Antisemitismus künstlich abgestossen würden. Natürlich werden wir eine Organisation rechtsgerichteter Juden wie jede andere rechtsgerichtete Organisation bekämpfen, aber nicht, weil sie aus Juden besteht, sondern wegen ihrer sachlichen Ziele. Aus unserer Auffassung heraus glauben wir auch ebensowenig an die von Naumann propagierte „Volksgemeinschaft“ von rechts bis links wie daran, dass seine Behauptung von „zahlreichen“ Sozialdemokraten, die seinem Verband angehören sollen, zutrifft. Für den Sozialdemokraten ist die Volksgemeinschaft aller Arbeitenden, Schaffenden und Strebenden ohne Unterschied der Rasse und des Glaubens die Sozialdemokratische Partei.“

---

242 14. 3. 22.

Der „Hammer“ über die Herrenhausversammlung.

Im „Hammer“ vom 15. Januar 1922 lesen wir: Sie haben in Berlin getagt und feierlich versichert, dass sie ihr deutsches Vaterland über alles lieben und nichts heisser ersehnen, als im deutschen Volke aufzugehen. Hilfsbereite Männer aus allen Parteien haben ihren Segen über diesen schönen Vorsatz gesprochen. — Es mag einzelne Juden geben, denen ernstlich darum zu tun ist, ihr Judentum vergessen zu machen und nicht mehr an das „alte Erbübel“ erinnert zu werden, Leute, die sich einbilden, deutscher zu sein, als mancher Deutsche. Ja, wenn es nur auf das Wollen und Empfinden ankäme! Aber die Natur hat in den „besonderen Saft“ so unüberwindbare Eigenschaften gelegt, dass auch die Söhne des „deutschfühlenden“ Juden wieder mit jüdischen In-

stinkten zur Welt kommen; „es werden“ — wie der jüdische Prof. Gans sagte — „immer wieder junge Juden daraus — auch in zehnfacher Kreuzung.“ — Diese jüdischen Eigenschaften aber können wir schlecht verdauen, nicht nur, weil wir „weniger klug“ sind, sondern weil sie mit allem deutschen Wesen in so tiefem Gegensatz stehen, dass sie das sittliche und rechtliche Empfinden unseres Volkes verwirren und zersetzen. Es ist nun einmal so, dass Schwefelsäure für alle zarteren Organismen und Gewebe verderblich wird, auch wenn sie noch so sehr vom „Assimilationsdrang“ erfüllt ist — von der Sehnsucht, aufgesaugt zu werden.

Es ist nicht damit getan, dass die deutschfühlenden Juden „alle national-jüdischen Bestrebungen ablehnen und sich zum rückhaltlosen Aufgehen im national-deutschen Gedanken bekennen“. Die Natur in ihren urewigen Gesetzen ist mächtiger als Menschenwille. Eine mehr als dreitausendjährige Geschichte hat die Nicht-Verschmelzbarkeit der Juden mit anderen Völkern erwiesen, und es ist Schwachsinn oder Frivolität, dieses Experiment immer aufs neue zu versuchen — zum Schaden der unglücklichen Nichtjuden. Es verrät wenig sittlichen Ernst und wenig Verständnis für das Rassewesen, wenn Friedrich Hussong in der „Tägl. Rundschau“ vom 8. Dez. sagt: „Sollte eine Nation von 70 Millionen sich unfähig erweisen, ein paar Zehntausende oder Hunderttausende von ehrlich zu uns strebenden deutschen Juden sich zu assimilieren? Das wäre ein Beweis jämmerlichen nationalen Unvermögens.“ — Er hätte ebensogut sagen können: Es müsste doch mit dem Kuckuck zugehen, wenn zehn Wölfe in einem Stall von tausend Schafen sich nicht allmählich in Schafe verwandeln und in der Herde aufgehen wollten! Uns scheint viel gewisser, dass die Herde allmählich in den Wölfen „aufgehen“ wird. So wohlfeil kommt man nicht um natürliche Gesetzmässigkeiten herum.

Auch das Zeugnis Nietzsches will hier nichts besagen, wenn er meint, die Juden wünschten mit einiger Zudringlichkeit von Europa aufgesaugt zu werden, und man solle diesem Zug und Drang — wenn auch mit Vorsicht — entgegenkommen. So viele scharfsinnige Bemerkungen auch von Nietzsche herrühren mögen, so sicher ist auch, dass ihm das rechte Verständnis für das Rassewesen nicht aufgegangen war, und dass er auch die innerste Natur des Judentums nicht kannte. Da muss man schon auf jene Juden hören, die ein rückhaltloses Geständnis über ihr innerstes Empfinden und Wollen abgelegt haben, wie solche in der kleinen Schrift „Jüdische Selbst-Bekenntnisse“ und im „Handbuch der Judenfrage“ (S. 605—614) gesammelt sind.

Wir halten noch immer die Juden für die ehrlichsten Juden, wenn sie gestehen, dass ein unversöhnlicher Hass gegen alle nichtjüdischen Völker sie beseelt, dass sie auf deren Verderben sinnen, und dass es keine Verschmelzung mit ihnen geben kann, dass die verschiedenen Rassen vielmehr gegenseitig in ihrer Entwicklung und Kultur sich stören. Wir fordern daher mit den Zionisten „reinliche Scheidung“ und die Ansiedelung der Hebräer in einem besonderen Judenreiche — sei es auf Madagaskar oder auf Neu-Guinea.

Zwei Schriften gegen den Verband nationaldeutscher Juden.

Gerade jetzt, da von führenden Persönlichkeiten des Naumannschen Verbandes geäussert wird, man habe gar nicht an die Folgen der Gründung gedacht und jede politische Auswirkung sei unbeabsichtigt gewesen, erscheinen zwei Broschüren, in denen zwei deutsche Christen sich mit dieser Bewegung in durchaus ablehnendem Sinne beschäftigen.

Der Umstand, dass fast gleichzeitig aus zwei entgegengesetzten Lagern Naumann zum Mittelpunkt der Betrachtung gemacht wird, deutet darauf hin, dass christliche Vaterlandsfreunde, die in der Judenfrage kein Problem der Zersetzung, sondern des Wiederaufbaus erblicken, den innerjüdischen Gegensatz, den Naumann in unverantwortlicher Weise heraufbeschworen hat, für eine deutsche Angelegenheit halten, mit der im deutschen Interesse so rasch als möglich Schluss gemacht werden müsse.

Vom Standpunkt des sozialdemokratischen Politikers behandelt Carl Eisfeld-Hagen i. W. die Angelegenheit*). Zu welchem Schlusse er gelangt, besagt der Untertitel der Schrift: „Weshalb ist die Gründung des Verbandes nationaldeutscher Juden würdelos, zwecklos, und vor allen Dingen gefährlich?" Eisfeld, als Leiter einer grossen, angesehenen Tageszeitung ein erfahrener Kenner der Arbeiterpsyche, erinnert an den Eindruck, den auf den klassenbewussten Arbeiter eine Würdelosigkeit mache, auch dann, wenn sie mit ihm selbst nur in mittelbarem Zusammenhange steht. Die Arbeiterschaft, die bisher den Antisemitismus nicht aus Freundschaft für die Juden bekämpft habe, sondern weil sie ihn für eine Erscheinung der Reaktion hielt, sähen nun auf einmal in den Reihen ihrer Gegner Juden als Stosstrupps der Reaktion. „Gibt es einen schlimmeren Verrat," fragt Eisfeld, „als wenn Eigenbrötelei und Einspännertum in den eigenen Reihen einer schwer bedrängten Kampfgemeinschaft die Würdelosigkeit zum Prinzip erhebt, zum Feinde überläuft und dem Hohnlachenden mit gewichtiger Miene versichert: Die da drüben sind meine Gegner wie die deinen! Gibt es etwas Würdeloseres, als wenn sich jüdische Antisemiten der Oeffentlichkeit vorstellen?" Mit besonderem Nachdruck weist Eisfeld die Arbeiterschaft auf den scharf ausgesprochenen Gegensatz Naumanns zu den „international" fühlenden Deutschen hin. Das bedeutet in klaren Worten: „Ich bin national zuverlässig. Im Kampfe gegen internationale Bestrebungen, gegen Sozialdemokratie, stehe ich wie ein Held an deiner (der Reaktion) Seite!"

Sehr beachtlich ist, dass Eisfeld einen Satz aus Fritsch' „Handbuch der Judenfrage" zitiert: „Hätte der Antisemitismus auf die Arbeiterschaft übergegriffen, so wäre er unwiderstehlich angewachsen." In

der Tat sei bis auf wenige Ausnahmen die Arbeiterschaft die einzige Schicht geblieben, in die der Antisemitismus aus Weltanschauungsgründen sehr wenig hineingelangt sei. Daran hätten auch die keine Unkosten sparenden Bemühungen der Reaktion nichts ändern können —, nicht zum mindesten wegen der ausserordentlich erfolgreichen und geschickten Tätigkeit des Centralvereins. Aber: „Jetzt wird dem Centralverein aus den Reihen antisemitischer Juden ein Dolchstoss von hinten versetzt. Die antisemitischen Christen, die bisher vor diesem gewaltigen Instrument jüdischer Selbstwehr einen sichtlich grossen Respekt hatten, werden den Kampf der jüdischen Antisemiten gegen den Centralverein zu ihrem eigenen machen und sich auf Herrn Naumann berufen. Der Centralverein, der nun auch Feinde im Rücken hat, wird seine ganze Kraft nicht mehr der Abwehr antisemitischer Angriffe widmen können, er muss gegen die Juden und gegen die Christen antisemitischen Bekenntnisses kämpfen, seine Kräfte werden nicht nur zersplittert, sein Schwert wird durch die „Nationaldeutschen" stumpf gemacht. Ein lebendiges Beispiel für alle Kampforganisationen, wie man es nicht machen soll." Und an anderer Stelle heisst es gelegentlich einer Kritik des Naumannschen Aufsatzes „Ganzdeutsche oder Halbdeutsche": „Wer es nicht glaubt, dass der Centralverein seine Hand über die Wucherer und Schieber in dem Berliner Ostjudenviertel hält, der frage den hervorragendsten Vertreter des deutschen Judentums, Herrn Naumann." So werde man es künftig in Antisemitenversammlungen hören können. Und dann kommen, nach sehr sachkundigen Ausführungen über die Ostjudenfrage, die entscheidenden Stellen aus der Schrift des Arbeiterführers: „Was ich freilich nicht verstehen kann, ist, dass die überwiegende Mehrheit der deutschen, freiheitlich gesinnten Juden sich dieses Denunziantentum der kleinen Zahl jüdischer Antisemiten gefallen lässt und ihr nicht beizeiten das gefährliche Handwerk legt; dass die deutsche Judenheit nicht schonungslos mit diesen Leuten ins Gericht geht; dass nicht ein Sturm der Entrüstung diese antisemitischen Schädlinge hinwegfegt. **Wehe der deutschen Judenheit, wenn die Masse der Bevölkerung den Eindruck gewinnt, dass man aus taktischen Rücksichten von jüdischer Seite aus die jüdischen Antisemiten gewähren lässt. Man hat dann das Recht verwirkt, für den Kampf gegen die christlich antisemitische Reaktion in den Kreisen der freiheitlich gesinnten christlichen Bevölkerung Bundesgenossen zu suchen.** Denn mit den jüdischen Antisemiten können die Juden, wenn sie wollen, sehr schnell fertig werden, aus eigener Kraft fertig werden. Der Centralverein fasse nur fest zu und scheue nicht geschamig das „Staubaufwirbeln". „. . . . Herr Naumann, Sie sind Offizier im Felde gewesen, bilden sich wahrscheinlich — kolossal schneidig — etwas darauf ein und glauben als „nationalgesinnter Offizier" das Nationaldeutschtum in Erbpacht zu haben. Sie sind doch nur einer von 2000 jüdischen Offizieren. 12000 jüdische Kriegsteilnehmer, die die Heimat nicht wiedergesehen haben, klagen Sie an, dass Sie denen Waffen in die Hand liefern, die nicht müde werden, das Andenken

---

*) Jüdischer Antisemitismus und Arbeiterschaft. Weshalb ist die Gründung des Verbandes nationaldeutscher Juden würdelos, zwecklos und vor allen Dingen gefährlich? Von Carl Eisfeld, Hagen. Verlag: Buchhdlg. Neue freie Presse, Hagen (Westfalen). Preis M. 2.—.

(242 Zwei Schriften gegen den Verband nationaldeutscher Juden.)

der Gefallenen in der unflätigsten Weise zu beschimpfen und Judentum und Drückebergerei zu identifizieren. Dass sie sich auf die Seite eines nach Ihrer Ansicht vielleicht „anständigen“ Antisemiten stellen, der in einer Volksversammlung erklärt hat, er bedaure es, dass nicht alle jüdischen Kriegsteilnehmer gefallen sind . . . . Der Verband nationaldeutscher Juden wird es fertigbringen, dass der Antisemitismus viel leichter Eingang in die Masse der Arbeiterschaft findet als bisher, weil die Arbeiter, die nicht wissen, dass hinter dem Verband nur einige solcher Leute stehen, die das nationalistische Aushängeschild nötig haben, den Verband als offizielle Vertretung der gesamten Judenheit ansehen und sagen könnten: **„Die Judenheit ist reaktionär, da soll sie sich in ihrem Kampf um die politische Gleichberechtigung von den antisemitischen Parteien unterstützen lassen. Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Wir wissen jetzt, woran wir mit den Juden sind.“**

Und am Schlusse, nachdem Eisfeld an vorgekommenen Einzelfällen nachgewiesen hat, dass Naumann bereits Argument der Antisemiten geworden sei, heisst es: „Dem jüdischen Antisemiten mögen die Götter vergeben, er weiss nicht, was er tut.“

Einen anscheinend rechtsstehenden Christen hat die zweite Broschüre zum Verfasser*), für die Pfarrer Brodt-Werder, knapp und gut, das Vorwort schrieb. Friedrichs will sich nicht in innerjüdische Angelegenheiten einmischen, für die ihm als solche jedes Interesse abgehe. Aber es liegt ihm daran, darzustellen, wie verworren sich im Kopfe Naumanns politische Fragen darstellen. Im Anschluss an den schon häufig angezogenen Artikel „Ganzdeutsche und Halbdeutsche“ schreibt Friedrichs: „Sie (Herr Naumann) meinen, der Antisemitismus sei gefühlsmässig berechtigt. Sein Streben sei, die Juden zu besseren Menschen zu machen. Ich bin der Ansicht, der Antisemitismus will nicht bessere Juden schaffen, er sieht in dem Judentum nur den politischen Prügelknaben zur Verwirklichung reaktionärer Ziele.“ Und eine Seite weiter heisst es: „Für mich ist und bleibt die Politik das einzig brauchbare Mittel zur Beseitigung des Antisemitismus. Und wenn Sie, sehr geehrter Herr Naumann, Ihre Führereigenschaft als nationaldeutscher Jude von politischem Ehrgeiz fernhalten, ja selbst wenn Sie bewusst eine chemische Reinigung vornehmen würden, — Sie würden nur

*) Eine Lösung der Judenfrage? Kritische Betrachtungen von Johannes Friedrichs, mit einem Vorwort von Pfarrer Brodt-Werder, Detmold 1922, Meyersche Hofbuchhandlung (Max Staercke), Preis M. 4.—.

(242 Zwei Schriften gegen den Verband nationaldeutscher Juden.)

mit der Politik und durch die Politik Ihrer selbstlosen Tätigkeit diejenige Stosskraft verleihen können, die Ihren Verband aktionsfähig macht und aktionsfähig erhält.“ Und dann kommt Friedrichs zu dem springenden Punkt der Naumannschen Lehre: dem Zugeständnis zu der Argumentation der Antisemiten, dass Nation und Rasse gleich zu setzen seien. „Dieses Entgegenkommen ist in der Wirklichkeit ein staatsbürgerlicher Selbstmord Naumanns und seiner Anhänger. Der deutsche Christ, der sich zur Theorie „des unaustilgbaren Restes von Fremdheit“ bekennt, wird nie und nimmer geneigt sein, demselben Naumann die Hand entgegenzustrecken, der sein deutschnationales Bewusstsein ja nicht einmal in eine Kampfstellung zur völkischen Rassentheorie bringt. Denn, wenn Naumann anerkennt, dass die Rassentheorie zu Recht besteht, ist er ein recht unglücklicher Brückenbauer, wenn er nicht gleichzeitig die Konsequenz das leiblichen Selbstmordes zieht.“ . . . . „Mich will es nur dünken, als ob Herr Naumann den Antisemitismus politisch zu leicht und gefühlsmässig zu ernst nimmt. . . . . **Was ich aber als deutscher Christ nicht verstehen kann, ist die politische Unbefangenheit, mit der Sie die antisemitische Geste zu Ihrer eigenen machen, indem Sie dem grössten Teile des deutschen Judentums nationaldeutsches Bewusstsein absprechen, eben, weil dieser jüdischen Stammes ist.** Diese Konzession an den Antisemitismus, der Ihnen, sehr geehrter Herr Naumann, wie Sie bald erkennen werden, wenig nutzen, der deutschen Judenheit in ihrer Gesamtheit in dem Kampfe um ihre politische Gleichberechtigung aber viel schaden muss, wird sich nicht als ein Schwungrad Ihrer Bewegung, sondern als grosses Bleigewicht erweisen.“ Beinahe amüsant ist die Abfuhr, die Friedrichs der berüchtigten Prozentrechnung Naumanns erteilt, die er als Ausfluss mehr zwischenschichtlichen Geistes, den er an den andern tadelt und selber gern vereinen möchte, als nationaldeutschen Empfindens bezeichnet. Wenn Herr Naumann seine Prozentrechnung an dem hundertprozentigen Amerikanertum erläutern wolle, das ohne Bindestrich verwurzelt sein will mit dem Boden des Vaterlandes, so könne er, als Sohn einer Deutschamerikanerin, ihn dahin belehren, dass dieses hundertprozentige Amerikanertum während des glühenden Deutschenhasses aufgekommen sei, da man von dem Feind der Zivilisation, Deutschland, nichts wissen wolle. „So liegt es mir als deutschem Christen ob,“ schliesst Friedrichs seine Ausführungen, „warnend meine Stimme zu erheben vor dem Beginnen des Herrn Naumann, die Judenfrage dadurch zu lösen, dass man von jüdischer Seite aus dem Antisemitismus Brücken baut. Solche Judenheit kann nicht kriegsverwendungsfähig im Kampfe gegen den Antisemitismus sein.“

---

45 Eingaben bei Behörden s. 1323 **Religionsbekenntnis bei polizeilichen Anmeldungen** 14. 3. 22.

47 Eingaben bei Staatsbehörden s. 1369 **Tragen des Hakenkreuzes von Gerichtsbeamten im Dienst** 14. 3. 22.

51 Aufklärungstätigkeit. 14. 3. 22.

Leitsätze für die Behandlung antisemitischer Zeitungsartikel und Flugblätter.

1. Auf Artikel in ausgesprochen antisemitischen Zeitungen („Völkischer Beobachter“, „Deutsches Wochenblatt“ u. a.) ist in der Regel nicht zu antworten, da Erwiderungen darin entweder gar nicht

aufgenommen werden (Ausnahme: Pressgesetzliche Berichtigung) oder derart von der Schriftleitung kommentiert werden, dass die beabsichtigte Wirkung nicht erzielt wird. Bei lokalen Konkurrenz-Zeitungen empfiehlt es sich zuweilen, Erwiderungen im Konkurrenzblatt erscheinen zu lassen.

2. Auf antisemitische Artikel in neutralen Blättern ist möglichst schnell vom zuständigen Landesverband unter Uebersendung einer Belegnummer eine Erwiderung anzufordern. In dringenden Fällen kann die Anforderung unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Landesverbandes direkt an die Zentrale gehen. Die Erwiderung wird in der Regel am zweckmässigsten nicht von Zentrale oder Landesverband, sondern von einem Mitglied der Ortsgruppe, welches der Schriftleitung nähersteht, dieser persönlich mit der Bitte um Aufnahme übergeben, nachdem der Artikel daraufhin überprüft ist, ob er den lokalen Verhältnissen entspricht.

3. Wenn es richtig erscheint, gegen ein antisemitisches Flugblatt ein Gegenflugblatt herausgehen zu lassen, so ist es notwendig, die Methode der Verbreitung von Grund aus zu ändern. Es genügt nicht, die Blätter Briefen beizulegen und unseren Ortsgruppen zur wahllosen Verteilung zu überlassen. Hier muss eine ernste Arbeit der Ortsgruppen einsetzen. Mit aller Kraft muss man weniger dem Ursprung als dem Kreise nachgehen, in welchen das Gift gespritzt wird. Diese Feststellung muss mit der grössten Sorgfalt getroffen werden, und unsere Ortsgruppen müssen daraufhin scharfgemacht werden, wenn auch nur der geringste Erfolg durch unsere Flugblätter, und wären es die besten, erreicht werden soll.

Wiederholt ist an uns die dringende Aufforderung gerichtet worden, Artikel antisemitischen Inhalts durch ein „Eingesandt" für die Zeitung, in welcher die antisemitischen Beschuldigungen Aufnahme fanden, zu entkräften, ohne dass unser Gegenartikel Aufnahme gefunden hat. Wir haben dann feststellen müssen, dass es nicht möglich war, unser „Eingesandt" in der betreffenden Zeitung unterzubringen.

Wir bitten unsere Freunde im Lande, in Zukunft nur dann einen Gegenartikel anzufordern, wenn sie sich **vorher** bei der Schriftleitung des Blattes vergewissert haben, dass dieser Gegenartikel Aufnahme finden wird. Wir werden künftighin aus Zeit- und Portoersparnis nur in solchen Fällen bereit sein können, Gegenartikel nach dem Wunsche unserer Mitglieder zu verfassen, wenn ihre Anforderung von einer Erklärung begleitet ist, aus der hervorgeht, dass unserer Arbeit unbedingte Aufnahme gesichert ist.

---

83 Antisemitenführer. 14. 3. 22.

Rektor Fetz aus Bremerhaven.

Im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund in Karolinensiel bei Wilhelmshaven hielt am 9. Januar 1922 der Obengenannte einen Vortrag, in dem er den Juden die Schuld an allen Kriegen, allen Revolutionen aufbürdete, ja sogar von planmässigen jüdischen Kopfjagden sprach und die Juden auf eine Stufe mit den Hottentotten stellte.

Wir bitten, darauf zu achten, wenn dieser antisemitische Staatsbeamte wiederum irgendwo auftritt und uns dann schleunigst unterrichten zu wollen.

---

83 Antisemitenführer. 14. 3. 22.

Jürgen von Ramin.

Man sucht von seiten des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes den Aeusserungen des bekannten deutschvölkischen Redners und Schriftstellers Jürgen von Ramin dadurch grösseres Gewicht zu verleihen, dass man ihn für den Urenkel Bismarcks ausgibt. Selbstverständlich denkt jeder dabei an den ersten Kanzler des Deutschen Reiches, und diese Meinung hervorzurufen, wird auch die Absicht der Freunde des Herrn von Ramin gewesen sein. Wir stellen demgegenüber folgendes über die Abstammung des Herrn von Ramin fest:

Jürgen Otto von Ramin, Berlin-Nikolassee, Gerkrathstr. 9, ist am 23. April 1884 als Sohn des Georg Friedrich Bern von Ramin und der Meta Maria von Bismarck geboren. Diese war die Tochter des Bernhard Friedrich Alexander Ferdinand Roman von Bismarck, der am 24. Juli 1810 in Schönhausen geboren ist. Dieser Grossvater Jürgen von Ramins also ist ein älterer Bruder des Fürsten Bismarck, der bekanntlich am 1. April 1815 geboren ist.

Es wird sich empfehlen, auf diese Tatsache und auf die zweideutige Art antisemitischer Agitation auch dann hinzuweisen, wenn davon gesprochen wird, dass Juden gern ihren Namen ändern oder ihre Abstammung verschleiern.

---

83 Antisemitenführer. 14. 3. 22.

Arnold Ruge.

Im „Völkischen Beobachter" vom 25. Januar 1922 befindet sich ein Bericht über den Vertretertag des Landesverbandes Bayern im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund. Hierin heisst es:

„Der Vertretertag des Schutz- und Trutzbundes der Ortsgruppen und Kreise Bayerns unter der ebenso sachlichen wie gewandten Leitung des Herrn Dr. Kuehn hat endlich die Luft gereinigt zwischen Bayern und Hamburg. Der Hauptgeschäftsführer des Bundes, Herr Alfred Roth, wies an der Hand von unwiderleglichen Beweisstücken nach, dass die heimliche und doppelzüngige Mitarbeit John Gorslebens und Meschs tatsächlich bestand und die einheitliche Leitung des Bundes aufs schwerste gefährdete. Mit ihnen nahm an dem unsauberen Treiben teil ein Prof. Dr. Otto alias Ruge (!) aus Heidelberg, vor dem hiermit dringend gewarnt wird. . . ."

Ferner:

„Bei der Abstimmung über den Ausschluss der Herren Gorsleben und Mesch aus dem Schutz- und Trutzbunde wurde einstimmig vom Vertretertag beschlossen, bei der Bundesleitung zu beantragen, die betreffenden Herren **„cum infamia"** aus dem Bunde auszuschliessen."

Weiter findet sich in Nr. 10 des „Völkischen Beobachters“ vom 4. Februar 1922 folgende Notiz:

„Arnold Ruge-Spende. Schon seit geraumer Zeit werden von Regensburg aus Aufrufe verbreitet, worin für allerhand Zwecke Gelder gesammelt werden sollten. Teilweise trugen die Aufrufe die Unterschriften namhafter Persönlichkeiten oder gar des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Gauverband Nordbayern. Das erschwerte die Ermittelung der Absichten ihrer Urheber sehr. Eingehende Feststellungen haben aber nunmehr ergeben, dass die Namen vieler Unterzeichner ohne deren Wissen missbraucht worden sind, und dass auch die Sammlungen selbst ganz eigenartigen Zwecken dienten. Der Bundesvorstand des Schutz- und Trutzbundes sah sich deswegen genötigt, zu diesen Vorgängen Stellung zu nehmen. Er fasste in seiner Gesamtsitzung am 29. Januar 1922 dazu folgenden Beschluss: Der Bundesvorstand erklärt nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Verhältnisse, dass die Sammlung für die Rugespende kein Unternehmen ist, das die Förderung deutschvölkischer Kreise verdient. Der Bundesvorstand warnt deshalb die Mitglieder und Gliederungen des Bundes vor dieser Sammlung und fordert sie auf, künftig nur solchen Unternehmungen ihre Unterstützung zu leihen, die vom Bundesvorstande wirklich gutgeheissen sind oder empfohlen werden. Nur so ist es möglich, unerwünschten Zersplitterungen vorzubeugen und dem Aufkommen politischer Freibeuternaturen in der Bewegung wirkungsvoll zu steuern.“

---

91 Bestrafte Antisemiten. 14. 3. 22.

Karl Braßler

Der bekannte Münchener antisemitische Student Karl Brassler und der frühere verantwortliche Schriftleiter des „Beobachters“ Franz Xaver Eder sind, wie die „Münchener Post“ vom 26. Januar meldet, wegen Aufreizung zum Klassenhass von dem Volksgericht München I zu M. 400,— und M. 200,— Geldstrafe verurteilt worden.

---

95 Antisemitische Vereine. 14. 3. 22.

Alldeutscher Wehrschutz E. V.

Am 21. August 1921 ist der Verein unter dem Namen „Alldeutscher Wehrschutz E. V.“ in das Vereinsregister eingetragen, Sitz ist Berlin. Der Verein bezweckt die Unterstützung notleidender deutscher Volksgenossen, besonders solcher im Ausland. Ein Rechtsanspruch auf Unterstützung steht den Mitgliedern nicht zu. Mitglieder können Einzelpersonen, Vereine und Verbände werden, die bereit sind, an den Zielen des alldeutschen Wehrschutzes mitzuarbeiten und einen jährlichen Beitrag zu zahlen. Ueber die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Bei Verweigerung der Aufnahme steht den Abgewiesenen ein Beschwerderecht nicht zu. Mindestbeitrag 20 M. Der Vorstand besteht aus mindestens drei, höchstens fünf Personen.

Der Verein hat auf den 11. Februar 1922 um 11 Uhr vormittags eine Versammlung in der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes, Lützowufer 5 a, ein-

berufen. Dieses wie auch die Herausgabe einer neuen Form der Beitrittserklärung, in der als Vertreter Justizrat Heinrich Class, Oberfinanzrat Dr. Bang, Landrat a. D. v. Hertzberg, Geh. Reg.-Rat Georg Fritz (der auch die Publikation unterzeichnet hat) und Baron v. Vietinghoff-Scheel genannt sind, also fast nur wütende Antisemiten, lässt darauf schliessen, dass der Verein „Alldeutscher Wehrschutz“ antisemitisch ist.

---

105 Antisemitische Abzeichen. 14. 3. 22.

Das Hakenkreuz als Sektenabzeichen

In „Sven Hedin, Transhimalaja Band I Kap. 32, Tarting — Gumpa und Taschi — Gembe“ Abs. 8 finden sich folgende Angaben:

Die Figur 卐 wiederholt sich oft und gibt die Zugehörigkeit zur Pembosekte an, während die Figur 卍 die orthodoxen Gelbmützen bezeichnet.“

Es dürfte den wenigsten Trägern des berühmten Hakenkreuzes bewusst sein, dass sie sich damit als Anhänger der frömmsten Sekte des Lamaismus bekennen.

---

131 Stellung des Katholizismus gegen den Antisemitismus. 14. 3. 22.

Eine katholische Stimme gegen den Antisemitismus.

In der Paulinus-Druckerei zu Trier ist ein Buch von Professor Dr. theol. et phil. Johannes Theis mit dem Titel „Friedrich Delitzsch und seine „Grosse Täuschung“ oder Jaho und Jahwe“ erschienen.

Zur Kennzeichnung des Geistes, der in diesem Buche weht, setzen wir einige Stellen hierher:

„. . . Endlich wagt er den halsbrecherischen Sprung von der alttestamentlichen Religion auf das moderne Judentum, wodurch seine Arbeit die „zeitgemässe“ antisemitische Aufmachung gewinnt, ohne dass er, wie er selbst versichert, Antisemit sein will. Doch die vielen und schweren jüdischen Schädlinge, wie sie namentlich die Revolution an die Oberfläche geschwemmt hat, darf man nicht einmal der gegenwärtigen jüdischen Religion, die sich auf Thora und Talmund stützt, geschweige denn der altbundlichen Thorareligion zur Last legen; ebensowenig wie man Kriegs- und Revolutionsgreuel, die Namenchristen begehen, der christlichen Religion aufbürden darf. Denn weder ein Jude noch ein Christ ist ja von Religions wegen Verbrecher, sondern kann dies nur wider seine Religion sein. . . .“

Auf Seite 96 sagt der Verfasser:

„. . . . Getäuscht wird durch „Die grosse Täuschung“ jeder Vaterlandsfreund, der aus ihr glaubens- und judenfeindliche Anregungen schöpft, die dann zum Schaden des deutschen Volkes den Religionswirrwarr, Rassenhass und Parteihader vergrössern helfen. Gewiss haben der Weltkrieg und die Staatsumwälzungen der letzten Jahre grelle Schlaglichter auf die Judenfrage geworfen. Aber dennoch darf diese nie anders als nach den Gesetzen der Gerechtigkeit, der Nächstenliebe und ohne Lästerung der Offenbarung des Alten Bundes behandelt werden. . . .“

(131 Eine katholische Stimme gegen den Antisemitismus.)

Besonders bemerkenswert ist, dass der Verfasser als Professor des Alten Testaments und der orientalischen Sprachen am Bischöflichen Priesterseminar zu Trier der Amtsnachfolger desselben Dr. Jacob Ecker ist, der einst vor Gericht als Kronzeuge für den berüchtigten „Judenspiegel" des „Dr. Justus" aufgetreten ist.

---

133 Deutschgläubige Bewegung. 14. 3. 22.

Baldur und Bibel.

Die literarische Beilage des „Bayrischen Kurier" Nr. 52 v. J. (Herausgeber Dr. Philipp Funk) wendet sich gegen die Ausführungen und Folgerungen, die in dem Buche „Baldur und Bibel" gemacht werden. In diesem Buche hiess es: „Eine echt christliche Religion kann nur eine echt deutsche, deutschvölkische, deutschnationale sein mit scharfer Abweisung alles Jüdischen und Römischen." Des weiteren wird versucht, den Beweis zu erbringen, „dass die Israeliten keine Juden waren, sondern Germanen, die Juden aber keine Israeliten". Arier werden gleich Germanen, Germanen gleich Deutsche gesetzt. Aus dem Namen Geser, den ein Flecken nahe bei Jerusalem trug, wird vermutet, dass auf dem Umweg über Geter, welchen Namen ein Volksstamm trug, eigentlich Goten dort gewohnt hätten. Die Bibel selber sei in ihren besten Teilen ein ehrwürdiges Denkmal altgermanischer Rassenkultur und arischen Geistes, das durch einen unerhörten Weltbetrug von jüdischen Priestern als ihr Erzeugnis ausgegeben worden sei. Am Schlusse einer Reihe ähnlicher Gedankengänge gelangt das Buch zu dem Ergebnis, dass Jesus Christus Germane gewesen sei, zumal auch sein Name Jesus eigentlich Asus = Asensohn (Gottessohn) gelautet habe. Im Anschluss an diese Entdeckungen wendet sich das Buch gegen die katholische Kirche, vor allem gegen die Päpste, denen es Verbindung mit Juden nachweist. Wörtlich heisst es an verschiedenen Stellen:

„Die berüchtigsten Inquisitoren, Ketzerrichter und Hexenmeister waren desgleichen getaufte Juden; auf den Synoden des Mittelalters herrschten wiederum verkappte Juden. Und vor allem: Von geschäftsgewandten Juden wurde auch der Jesuitenorden gegründet. . . ." „Im Weltkriege half Rom nach Judas Plänen Deutschlands Feinden, und überall fördert es das Niederrassentum auf Kosten des deutschen Volkes. . . ." Wie „die ganze deutsche Kulturentwicklung weiter nichts ist als ein Kampf der Befreiung von einer uns Deutschen durch christlich-römische und jüdische Priester aufgedrungenen, fremden, durch und durch ungermanischen Kultur", in welcher „dem deutschen Volk durch die widernatürliche Möncherei und den Zölibat seine besten Keimkräfte entzogen wurden", so muss darum die Lösung der Gegenwart lauten: Los von Rom, „das bekanntermassen seit 2000 Jahren das Unglück des deutschen Volkes ist und dessen Kultur auslöschen will".

Die Redaktion des „Bayrischen Kurier" bemerkt hierzu: „Das im vorstehenden nach seinem Inhalt skizzierte Buch verdient eigentlich so ausführliche Er-

(133 Baldur und Bibel.)

wähnung nicht. Es ist unter jedem Mass des Erörterbaren, ein jämmerliches Gesudel. Wir hielten es trotzdem für nötig, auf die Existenz von solchen Erbärmlichkeiten aufmerksam zu machen, weil sie in nicht wissenschaftlich und kritisch geschulten Kreisen allzuleicht Verwirrung anstiften können. Die wirklichen seelischen Untergründe alldeutschen und nationalistischen Getues offenbaren sich in derlei Kitsch am unverhülltesten. Der Dummen, die solche Geistesnahrung leidenschaftlich schlucken und fester halten als ihren christlichen Glauben, gibt es in unserem Volke leider eine wachsende Schar."

---

135 Antisemitismus im Ausland (Amerika) s. 1263 **Ex-präsid. Taft über d. Antisemitismus** 14. 3. 22.

---

138 Antisemitische Presse. 14. 3. 22.

Satirisch-politische Zeitschrift „Rote Hand".

Die nach dem Sturz der Räteherrschaft gegründete Zeitschrift hatte den Kampf gegen den deutschen Bolschewismus in der schärfsten Form geführt und sich dabei auch reichlich judenfeindlich betätigt. Nunmehr scheint sie für ihre geschmacklose Kost nicht mehr die erforderlichen Abnehmer gefunden zu haben. Sie erscheint jetzt nur noch als „Beilage zur „Neuen süddeutschen illustrierten Zeitung" — Verlag Ost-Petersen-München.

---

209 Zionismus, Palästinapolitik s. 2222 **Zur Geschichte der Balfourdeklaration** 14. 3. 22.

---

242 Verband nationaldeutscher Juden im christlichen Urteil s. Leitartikel der Nummer.

---

243 Literatur über den Verband nationaldeutscher Juden. **Eine Lösung der Judenfrage?** von Johannes Friedrichs s. 242 **Zwei Schriften gegen den Verband nationaldeutscher Juden** 14. 3. 22.

---

243 Literatur über den Verband nationaldeutscher Juden. **Jüdischer Antisemitismus und Arbeiterschaft** von Carl Eisfeld-Hagen s. 242 **Zwei Schriften gegen den Verband nationaldeutscher Juden** 14. 3. 22.

---

284 Dichter (Personalia) Einstein Karl, s. 556 **Das Christusdrama eines Juden** 14. 3. 22.

---

420 Ethik siehe 1299 **Weltmission des Judentums** 14. 3. 22.

---

495 Medizin (Statistik) s. 829 **Christliche und jüdische Mediziner in Universitätsstädten** 14.3.22.

---

556 Dichtungen. 14. 3. 22.

Das Christusdrama eines Juden.

Die „Kreuzzeitung" vom 27. Januar (Abendausgabe) bespricht mit Entrüstung das Buch eines getauften Juden Karl Einstein, „Die schlimme Botschaft" (Ernst Rowohlt, München), in dem die unerhörtesten Verhöhnungen der christlichen Religion ausgesprochen seien. Die „Kreuzzeitung" knüpfte daran die Be-

(556 Das Christusdrama eines Juden.)
merkung: „Diese Frechheiten stellen wir hiermit an den Pranger. Sie sind kennzeichnend dafür, wie weit jüdische Frechheit sich in unserer Republik vorwagen darf. Dann wundert sich mancher noch, dass der Antisemitismus so reissende Fortschritte macht.“

In der Nr. 46 des genannten Blattes vom 16. Februar brachte die „Kreuzzeitung“ ein Eingesandt eines deutschen Juden, aus dem wir folgende Stellen abdrucken möchten: „Ich habe mir das Buch gekauft .... und muss sagen, dass ich mich als deutscher Jude, der auf seine Religion etwas hält, Ihrer Entrüstung voll und ganz anschliessen kann .... Ob Einstein Jude ist, weiss ich nicht. Aber selbst, wenn er von Geburt Jude wäre, dann zeigte dieses Buch, wie so manche Schrift mit dem Judentum innerlich zerfallener Literaten, dass sie ebensowenig Gefühl und Takt anderen Religionen gegenüber haben wie gegenüber ihrer eigenen .... Sollen die 99 Prozent deutscher Juden, die Ihre Entrüstung über dieses unerhörte Machwerk teilen, für die Erbärmlichkeit eines einzelnen leiden, von dem sie alles, aber auch alles trennt?“

Die „Kreuzzeitung“ konnte sich gleichwohl nicht enthalten, folgendes hinzuzusetzen: „So erfreulich es ist, wenn religiös gesinnte Juden derartig grobe Schmutzereien ablehnen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, dass es gerade immer wieder jüdische Literaten sind, die ihr Gift gegen die erhabensten Gefühle der christlichen Religion verspritzen. Wir haben bedauerlicherweise noch in keinem Blatte, das unter jüdischem Einfluss steht, eine Abwehr gegen diese ungeheuerliche Verhöhnung der christlichen Religion gefunden und machen die gesamte christliche Presse nochmals auf dies unerhörte Pamphlet, das die schärfste Abwehr erfordert, aufmerksam.

Wir weisen darauf hin, dass sich in der Bücherschau unserer Zeitschrift „Im deutschen Reich“ (März-April) eine scharfe Ablehnung dieses Buches befindet.

---

613 Wirtschaftsleben (Personalia) s. **2391 Ballin — ein moderner Hanseat** 14. 3. 22.

---

733 Gasthäuser s. **1323 Religionsbekenntnis bei polizeilichen Anmeldungen** 14. 3. 22.

---

798 Unterstützung antisemitischer Zeitungen. 14. 3. 22.

Indirekte Unterstützung antisemitischer Zeitungen.

Von vielen Seiten aus den verschiedensten Gegenden des Reiches laufen Klagen darüber ein, dass antisemitische Zeitungen grossenteils, oft auch grösstenteils von Juden, gekauft werden. Wenn es auch begreiflich ist, dass unsere Freunde den Drang haben, sich über etwaige neue antisemitische Angriffe zu orientieren, so darf doch nicht vergessen werden, dass der Kaufpreis für jede Zeitung einen Beitrag für den Antisemitismus bedeutet.

829 Hochschulstatistik. 14. 3. 22.

Christliche und jüdische Mediziner in Universitätsstädten.

In Ziffer 11 der Nr. 13 der „Mitteilungen“ vom 30. Dezember 1921 sind in der Zusammenstellung in den Rubriken „Tatsächliche Zahlen“ bei Königsberg folgende Ziffern nachzutragen und die bisherige Bemerkung abzuändern:

Dozenten	Aerzte	Bemerkung
54	243	*) Ausserdem 5 jüdischer Abstammung.
(9) *)	(49) **)	**) Ausserdem 13 jüdischer Abstammung

---

882 Völkische Parteien in der Studentenschaft. 14. 3. 22.

Hochschulring deutscher Art — ein Ableger der deutschnationalen Volkspartei.

In der „Osnabrücker Volkszeitung“, dem bekannten Zentrumsorgan, findet sich in Nr. 4 vom 3. Janaar d. J. in einem Artikel: „Die völkische Weltanschauung und die Studentenschaft“ folgendes über den Hochschulring deutscher Art:

„Wir erhalten folgende Zuschrift: Neben einer Gesamtvertretung der Studentenschaft besteht bekanntlich an fast jeder deutschen und österreichischen Hochschule ein Hochschulring deutscher Art. Diese Hochschulringe bilden zusammen den Verband „Deutscher Hochschulring“. Bei der ersten Gründung eines Hochschulringes im Spätherbst 1919 in Berlin standen General Ludendorff und der liberal-protestantische Theologe Prof. D. Seeberg Pate.

Das Neueste hat sich anlässlich des Freiburger Hochschulstreites der Professoren von Below und Kantorowicz ein völkischer Anonymus in einer Zuschrift an die katholische „Freiburger Tagespost“ geleistet. Er schreibt nach der „Kölnischen Volkszeitung“: Am neuen Werk ist ein neues Geschlecht, das wieder an den Sonnenglauben der Väter anknüpft, der — — — deutschen Väter! — — und es ablehnt, sich von dem ersten jüdischen Defaitisten (gemeint ist euer Christus) Vorschriften machen lassen! Unser deutscher Bismarck steht uns zu hoch, weltenhoch über jedem internationalen Juden — heisse er nun Prof. Kantorowicz oder Jesus von Nazareth.“

Angesichts solcher Lästerungen versteht man es schwer, wie ein Teil der katholischen Studentenschaft noch innerhalb eines Verbandes bleiben kann, der von sich aus nie von Leuten wie dem Verfasser obiger Zuschrift abrücken wird, sondern der im Gegenteil durch eine antisemitische und auf altgermanisch-heidnischen Kult eingestellte Pharaselogie und Versammlungsgestaltung und vermöge des natürlichen Schwergewichts der Masse seiner „antiklerikalen“ Mitglieder solchen Hassausdrücken geradezu Vorschub leistet. Es ist übrigens noch durchaus unerwiesen, dass den geistigen Vätern und Drahtziehern des Hochschulringes die Pflege des „Völkischen“ wirklich Herzenssache ist oder ob das „Völkische“ nicht mehr oder weniger als schützendes Schauziel zu dienen hat, hinter dem in unbeobachteter Regsamkeit die eigentlichen putschistischen oder par-

(882 Hochschulring deutscher Art.)

teipolitischen Ziele verfolgt werden. Wir sind uns der Schwere des Verdachtes wohl bewusst, den wir damit aussprechen, aber es gibt doch zu denken, wenn sich unter den in Breslau unter dem Verdacht der Mitwisserschaft am Morde Erzbergers Verhafteten ein Mitbegründer und Führerausschussmitglied des Deutschen Hochschulringes, Friedrich Koppe, befindet. Es gibt zu denken, dass sich die wichtigsten Geschäftsräume des Hochschulringes über ein Jahr lang in einem Bürohause in Berlin (Schellingstrasse 1) befanden, das durch die Nationale Vereinigung des Kapp-Putsches bekannt ist und in dem heute noch in der Hauptsache deutschnationale Geschäftsstellen arbeiten. Es gibt zu denken, dass sich die „Jugendbewegung" Hochschulring kürzlich einen Förderkreis von alten Herren hat gefallen lassen, dessen 17 Vorstandsmitglieder nach der Statistik eines Berliner Blattes fast ausnahmslos der Deutschnationalen Volkspartei angehören, und unter denen sich neben Ludendorff Prof. Seeberg und Prof. von Below-Freiburg nicht weniger als sechs ehemalige Militärs und zehn deutschnationale Parlamentarier befinden."

---

964 Elternräte s. 2392 Ein republikanischer Lehrerbund 14. 3. 22.

1035 Antisemitische Volksschullehrer s. 83 Fetz, Rektor aus Bremen 14. 3. 22.

1256 Gegenrevolutionäre Bestrebungen. 14. 3. 22.

Ein Kaisertum von Judas Gnaden.

Im „Generalanzeiger für Elberfeld-Barmen" vom 16. Dezember 1921 ist unter der Ueberschrift „Ein Kaisertum von Judas Gnaden" ein kleiner Artikel erschienen, der die Wiederherstellung des Kaisertums mit jüdischer Hilfe ankündigt. Die Ortsgruppe Elberfeld hat eine zweckmässige Erwiderung an die Redaktion der Zeitung gesandt, die auch in der Ausgabe vom 20. Dezember 1921 abgedruckt wurde. Da diese Erwiderung als Vorbild gelten kann, geben wir sie nachstehend im Wortlaut wieder:

„Ein Kaisertum von Judas Gnaden".

Vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgruppe Elberfeld, wird uns geschrieben:

„Sie bringen in Nr. 535, im Morgenblatt vom 16. Dezember cr., einen Artikel (aus der „Deutschen Zeitung") unter der Ueberschrift: „Ein Kaisertum von Judas Gnaden". Herr Maurenbrecher, wie Sie richtig hinzusetzen, früher Sozialdemokrat und Hohenzollerntöter, jetziger Monarchist, spricht darin die Befürchtung aus, dass die Juden zurzeit eine Wiederherstellung des Kaisertums unternehmen. Es scheint nichts zu grotesk zu sein, dass man es den Juden nicht doch anhängen könnte. Zunächst haben die „Deutsche Zeitung" und ihre Gesinnungsgenossen ihren Lesern einzubläuen versucht, dass die Juden die Revolution gemacht und das Kaisertum gestürzt haben. Nachdem das Kaisertum gestürzt war, haben andere Antisemiten diese Tatsache nur darum für möglich erklärt, weil das Kaisertum schon verjudet

(1256 Ein Kaisertum von Judas Gnaden.)

gewesen war (Einfluss von Ballin und Rathenau). Ferner weil der Kaiser selbst jüdisches Blut in den Adern gehabt hat (Semi-Imperator). Dieselben Leute haben dann jahrelang geschrien, die Regierung wäre eine reine Judenregierung, der Bolschewismus eine jüdische Erfindung und ein jüdisches Werkzeug.

Jetzt ist diese Judenregierung den Juden wieder nicht jüdisch genug, insbesondere der „jüdisch beherrschten Industrie". Herr Stinnes, Herr Klöckner, Herr Huggenberg scheinen demnach Juden zu sein.

Infolgedessen streben die Juden jetzt danach, dass die jüdische Regierung durch eine noch jüdischere Regierung ersetzt werde, nämlich die Hohenzollern, nachdem sie die Hohenzollern doch gestürzt haben, um selbst zur Regierung zu kommen.

Es ist nichts einfältig und töricht genug, um nicht im Kampfe gegen die Juden behauptet und verbreitet zu werden."

1263 Juden als Staatsbürger. 14. 3. 22.

Expräsident Taft über den Antisemitismus.

Die B'nai B'rith News veröffentlichen in ihrer Nr. 5 vom Jahrgang 13 eine Rede Tafts, des Expräsidenten der Vereinigten Staaten über den Antisemitismus in Amerika. Es ist bemerkenswert, mit welcher Objektivität Taft die Frage des Antisemitismus gegenübersteht. Wir geben den letzten Teil seiner Rede, der ein zusammenfassendes Urteil über die Juden als Staatsbürger enthält, als bemerkenswerte Aeußerung nachfolgend wieder:

„. . . . Man sagt zwar, sie könnten nicht echte und aufrichtige Bürger irgend eines Landes werden, weil sie selbst eine Nation in der Zerstreuung seien, der sie zunächst ergeben sein müßten. Ich bin ganz anderer Ansicht und das Verhalten der Juden vieler Länder gibt mir Recht. Wahr ist: sie sind treu ihrer Abstammung und ihrem Glauben, und warum sollten sie das nicht? Wir möchten sie nicht achten, wenn sie es nicht täten. Sie haben eine große Geschichte hinter sich, eine große Ahnenreihe und können stolz darauf sein. Aber daß sie stolz auf ihr Judentum sind und die meisten von ihnen ihrem Glauben treu anhängen, das hindert doch nicht, daß sie gute Bürger des Landes sind, in dem sie geboren sind und wohnen? Tut das ihrem Patriotismus Abbruch? Stört das ihre Treue gegenüber der Landesregierung, wenn sie und Opfer fordert? Sie haben ihre Aufgabe im Weltkriege erfüllt als Franzosen, als Engländer und Amerikaner. Die das äußerste Opfer brachten, standen an Zahl durchaus im Verhältnis zu den übrigen als Bürger und als Soldaten. Die Exklusivität, die man ihnen vorwirft, steht im Verhältnis zu dem Vorurteil, mit dem man ihnen in jeder Gemeinschaft begegnet. Sobald die Scheidewand fällt, sobald die „equal opportunity" sich unter ihnen fühlbar geltend macht, sobald der Erfolg für ihre Geisteskraft, ihre Geduld und ihren Fleiß kommt, verschwinden die Unterschiede zwischen ihnen und den andern. Ihre Geisteskraft, ihr Fleiß, ihre Geschicklichkeit, ihre Zielstrebigkeit, ihre Unternehmungslust sorgen für das Wohl des Staates und des Landes, und es gibt keinen guten Zweck, für den sie nicht ihr Teil

(1263 Expräsident Taft über den Antisemitismus.)

leisten. In der Politik wirken sie nicht als Ganzes. Sie haben ihre Meinungsverschiedenheiten wie andere auch. Es gibt Gute und Schlechte bei ihnen, und ihre Guten verurteilen ihre Schlechten mit demselben Nachdruck, wie das die Guten anderer Religionen und anderer Abstammung unter uns tun.

Es ist nicht der geringste Grund für den Antisemitismus unter uns vorhanden. Er ist eine böse Pflanze. Er ist ein schädliches Unkraut, das ausgerissen werden sollte. Er hat keine Stätte im freien Amerika, und die Menschen, die ihn einführen wollen, sollten von der öffentlichen Meinung verurteilt werden.

1299 Pazifismus. 14. 3. 22.

Die Weltmission des Judentums.

Aus einem demnächst bei C. A. Schwetschke und Sohn, Berlin, erscheinenden „Handbuch der Weltfriedensströmung der Gegenwart", herausgegeben von Kurt Lenz und Walter Fabian, sind wir in der Lage, einen Beitrag „Judentum" von Richard N. Coudenhove-Kalergi auszugsweise zu veröffentlichen. Es ist von hohem Interesse, wie sich die Aufgabe des Judentums im Geiste eines überzeugten Pazifisten darstellt. Nachdem Coudenhove entwickelt hat, dass die Juden als das Volk, das am meisten Unrecht erlitten, auch berufen sei, die Welt vom Unrecht zu erlösen, als Volk, das am meisten Gewalt erduldet, die Gewalt aus der Welt zu schaffen ersehen sei, findet er in der Tatsache, dass die Juden als erstes Volk entwaffnet worden seien, die Ursache ihrer pazifistischen Ethik. Wörtlich heisst es dann:

„Als Kulturvolk sind die Juden um Jahrtausende älter als die Germanenvölker Europas; auch darin liegt eine Wurzel ihres Pazifismus. Wie im individuellen Leben die Jugend den Kampf mehr liebt als das Alter, so pflegen alte Kulturvölker pazifistischer zu fühlen als junge. Auch die Deutschen werden einmal, in der Zukunft, Kriegsverächter sein.

In der mosaischen Ethik lag die unvergleichliche Kraft des Judentums, zweitausendjähriger Unterdrückung durch eine Uebermacht waffenlos zu trotzen. So gab es der Welt ein Beispiel, wie ein stolzes Volk, getragen vom Glauben an seine Mission und seine Ideale, sich dauernd behaupten und durchsetzen kann, ohne an die Macht des Schwertes zu appellieren. Dem politischen Dogma von der Weltentscheidung durch Blut und Eisen setzten sie entgegen das ethische Evangelium von der Weltentscheidung durch Geist und Glaube — und bewiesen durch ihre Geschichte, dass Hirne und Ueberzeugungen stärkere Waffen im menschlichen Daseinskampfe verkörpern als Arme und Bajonette."

1323 Preuss. Ministerium des Innern, Erlasse. 14. 3. 22.

Religionsbekenntnis bei polizeilichen Anmeldungen.

In Gasthöfen und Hotels werden häufig den Reisenden polizeiliche Anmeldezettel vorgelegt, in denen Angabe der Religion verlangt wird. Auf verschiedene diesbezügliche Meldungen hat der Centralverein eine

(1323 Religionsbekenntnis bei polizeilichen Anmeldungen.)

Beschwerde an das Ministerium des Innern gerichtet, auf die unter dem 10. 1. folgende Antwort einging:

„Nach dem Ergebnis der von mir veranlassten Umfrage wird die Angabe des Religionsbekenntnisses in den für Reisende vorgesehenen Ab- und Anmeldeformularen und in den Fremdenbüchern nur noch in wenigen Orten verlangt. Auch hier werde ich Anweisung ergehen lassen, dass dies künftig nicht mehr geschieht.

Soweit es sich indessen um Personen handelt, die an einem Ort dauernd Aufenthalt nehmen, ist die Angabe des Religionsbekenntnisses wichtig und notwendig. Diese Bestimmung steht nicht in Widerspruch zu Artikel 136 der Reichsverfassung, da nach Absatz 3 die Behörden soweit das Recht haben, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen, z. B. bei der Einschulung von Kindern in eine Bekenntnisschule, bei einer Vormundsbestellung, beim Gefängniswesen, bei der Veranlagung zur Kirchensteuer usw."

1369 Justizbehörden, Erlasse. 14. 3. 22.

Tragen des Hakenkreuzes von Gerichtsbeamten im Dienst.

Die Ortsgruppe Breslau beschwerte sich darüber, dass ein gerichtlicher Hilfsarbeiter, anscheinend ein Student, im Dienst ein Hakenkreuz getragen hat. Der Oberlandesgerichtspräsident in Breslau entschied hierauf unter dem 13. Februar 1921 Nr. 13. IX. 1. 556: „Ich habe diesem Beamten das Tragen des Abzeichens während des Dienstes untersagt, da ich dies nicht für statthaft erachte."

1503 D. N. V. P. (Jugend) s. 882 **Hochschulring deutscher Art — ein Ableger der D.N.V.P.**
14. 3. 22.

1609 Zentrum zur Judenfrage s. 882 **Hochschulring deutscher Art — ein Ableger der D.N.V.P.**
14. 3. 22.

1831 K. P. D. und Antisemitismus. 14. 3. 22.

Antisemitische Strömungen in der kommunistischen Jugend.

Nachstehende Notizen lassen wir ohne Kommentar folgen; ein gewisser innerer Zusammenhang zwischen ihnen wird ohnedies klar werden.

„Vorwärts" vom 22. Februar 1922 (Abendausgabe):

Kommunistisch-völkische Verbrüderung.

Im Versammlungskalender der „Roten Fahne" vom Montag abend finden wir folgende Anzeige:

Kommunistische Jugend!

Schöneberg. Abends pünktlich 1/28 Uhr Referat des Herrn Hans Giebow, Leiter des „Deutschen Wochenblattes", über „Wesen und Ziele des Antisemitismus". Wir fordern alle Genossen, auch die anderer Gruppen, auf, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Jugendheim Schöneberg, Wartburgstrasse 18.

Herr Hans Diebow (Giebow ist ein Druckfehler der „Roten Fahne“) zeichnet verantwortlich für das Blatt des Herrn Knüppel-Kunze. Diesen Vertreter des wüstesten Pogromantisemitismus bestellt sich die kommunistische Jugend zum Referenten! Das Spandauer Beispiel, wo zwischen Kommunisten und Deutschsozialen kaum noch ein Unterschied zu merken ist, scheint zu wirken.

* * *

„Freiheit“ (Organ der U.S.P.D.), 22. Februar 1922, (Abendausgabe):

Kommunistische Jugenderziehung.

Im Versammlungsanzeiger der „Roten Fahne“ vom Montag abend ist folgende Ankündigung in Fettdruck zu lesen: (folgt der oben abgedruckte Aufruf)

Diebow ist verantwortlicher Leiter des von Knüppel-Kunze herausgegebenen „Deutschen Wochenblattes“. Einer der würdigsten Repräsentanten des wildesten Radauantisemitismus erscheint den Kommunisten also als ein geeigneter Erzieher ihrer Jugend. Die Jugend ist die Zukunft, heisst es. Ueber das Wesen des Kommunismus in der Gegenwart weiss man auf Grund von Beobachtungen genug, auf den Kommunismus der Zukunft werden reizvolle Perspektiven eröffnet durch diese Notiz. Die heranwachsende Generation des Kommunismus wird auf ihre Taten vorbereitet durch Knüppel-Kunze und Genossen. Wir gratulieren!

* * *

„Rote Fahne“ (Organ der K.P.D.), 23. Februar 1922, (Morgenausgabe):

„Kommunistische Jugenderziehung“.

Von der „Kommunistischen Jugend“ wird uns geschrieben: Der „Vorwärts“ nimmt in seiner Morgenausgabe vom 22. Februar eine Notiz des Versammlungskalenders der „Kommunistischen Jugend“ in der „Roten Fahne“, in der ein Vortrag über „Wesen und Ziele des Antisemitismus“ angekündigt wird, zum Anlass, um von einer „kommunistisch-völkischen Verbrüderung“ zu schwafeln. Die „Vorwärts“-Redaktion sollte soviel Kenntnisse der proletarischen Jugendbewegung haben, um zu wissen, dass seit einem Jahrzehnt die organisierte arbeitende Jugend in ihren Veranstaltungen Gegner zu Worte kommen lässt, um durch Korreferat und Diskussion die Herrschaften zu erledigen. Hunderte von Pfaffen, bürgerlichen Lehrern haben in allen proletarischen Jugendorganisationen geredet. In diesem besonderen Falle haben jedoch die Funktionäre der „Kommunistischen Jugend“ Berlins einstimmig die Ansetzung des Vortrages gemissbilligt, schon um den voraussichtlichen billigen Verleumdungen des „Vorwärts“ zu begegnen. Im übrigen sollte das Zentralorgan einer Partei, die am 4. August 1914 mit der deutschnationalen Parole: „Jetzt wollen wir sie dreschen!“ das Proletariat vor die Maschinengewehre getrieben hat, etwas vorsichtiger mit seinen Schlagzeilen sein. Sodann empfehlen wir dem „Vorwärts“ das genaue Studium der Schriften des „Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands“ und der Jungsozialisten, in denen eine tatsächliche Verbrüderung mit der völkischen Idee zutage tritt. Wenn die „Freiheit“ in der gestrigen Abendausgabe, durch den „Vorwärts“ darauf gestossen, auch noch hämische Bemer-

(1831 Antisemitische Strömungen.)

kungen macht, so ist ihr das schon zu verzeihen. Bei dem Drunter und Drüber in der U.S.P. muss ihr jeder Anlass willkommen sein, um die Aufmerksamkeit von den Vorgängen in ihrer Partei abzulenken.

Wir sind trotz dieser Zuschrift der Ansicht, dass die Schöneberger Jugendgenossen besser getan hätten, derartige Spielereien zu unterlassen. Für die Mitglieder einer kommunistischen Jugend sollte das deutschnationale und deutschvölkische Programm einer Diskussion nicht mehr bedürfen. Wir hoffen, dass Uebertreibungen, wie sie mit der angekündigten Veranstaltung beabsichtigt waren, in Zukunft unterbleiben.

2222 Palästinaproblem (politisch zwischen Weltkrieg und San Remo) 14. 3. 22.

Zur Geschichte der Balfourdeklaration.

Der „*Israelit*“ vom 18. August 1921 veröffentlichte einen Auszug aus dem *Memorandum*, das *von den Führern der amerikanischen Zionisten, Brandeis und Mack, dem Karlsbader Kongress zur Begründung ihrer Haltung überreicht* wurde. Wir bringen den Text der *endgültigen* Balfourdeklaration und den ursprünglichen nebst der Geschichte seiner Wandlungen.

Ministerium des Aeusseren. 2. November 1917.

Mein lieber Lord Rothschild!

Zu meiner grossen Genugtuung übermittle ich Ihnen namens S. M. Regierung die folgende Sympathie-Erklärung mit den zionistischen Bestrebungen, die vom Kabinett geprüft und gebilligt worden sind:

Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die grössten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden werde, dass nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.

Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der Zionistischen Förderation zu bringen.

gez. James Balfour.

(Nach „Jüdische Rundschau“ vom 16. November 1917.)

*

Aus dem Memorandum:

Im Herbst 1917 telegraphierte uns Doktor Weizmann, dass folgender Text der Balfourerklärung in Erwägung gezogen wurde: „Sr. Majestät Regierung begrüsst mit Wohlwollen die Errichtung eines nationalen Heimes für die jüdische *Rasse* in Palästina und wird sich bemühen, die Errichtung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden wird, dass nichts getan werden soll, das die bürgerlichen und religiösen Rechte der in Palästina bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften oder die *Rechte* und den politischen Status benachteiligen könnte, der in irgendeinem anderen Lande von solchen Juden genossen wird, die mit ihrer *gegenwärtigen Nationalität* und *Staatszugehörigkeit vollständig zufrieden sind.*“

Angesichts der möglichen Verwicklungen dieses Textes, ergriffen wir sofort auf unsere eigene Initiative die Massnahmen, die zur Verbesserung der Erklärung durch Ersatz des Wortes „Jüdische *Rasse*“ durch „Jüdisches *Volk*“ führten und durch die *Streichung* der Schlusswendung, die voraussetzte, dass „Unzufriedenheit“ die Grundlage des zionistischen Ideales sei. *Allein keinerlei Einfluss auf die politische Lage der Juden in der Diaspora kann aus dem Gedanken des jüdisch-nationalen Strebens hergeleitet werden.* Wir verwerfen vollkommen jeden Gedanken einer gemeinsamen *politischen* Einheit oder sogar das unscheinbarste *politische* Band, sei es unter den Juden der *Welt*, oder besonders unter den Juden der Diaspora und dem Volke, oder der Regierung in Palästina jetzt oder später. Wir in Amerika haben nur *eine* und — dies ist eine ausschliessende — *politische* Loyalität: es ist die Loyalität gegenüber den Vereinigten Staaten. Die entgegengesetzte Ansicht ist diejenige, die wir als Diaspora-Nationalismus gekennzeichnet haben. Diese

(2222 Balfourdeklaration.)
falsche Auffassung des politischen Nationalismus haben wir immer verworfen, und wir kennen keinen verantwortlichen amerikanischen Juden, der sie hegt oder jemals gehegt hätte. Aber wir können nicht oft genug wiederholen, dass wir das gemeinsam ererbte Band der Rasse, Religion, Kultur und Tradition — den Ruhm der Vergangenheit, die Aufgaben der Gegenwart, die Hoffnung der Zukunft als Gemeinsamkeit mit den Juden der Welt empfinden. Diese Bande sind es, die uns für ein jüdisches Palästina hoffen und arbeiten lassen.

2391 Namensregister. 14. 3. 22.

Albert Ballin — ein moderner Hanseat.

Unter diesem Titel beschäftigt sich die Sonntagsbeilage der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ vom 5. Februar in grosser Ausführlichkeit mit dem Buche, das Bernhard Huldermann*), einer der vertrautesten Mitarbeiter Ballins, dem Lebenswerk dieses Mannes gewidmet hat, dessen unvergängliche Verdienste und Bedeutung nur von den sich „deutsch“ und „national“ nennenden Kreisen seines eigenen Vaterlandes bemäkelt und verunglimpft werden — weil Albert Ballin Jude war, und als Jude den unumstösslichen Beweis einwandfrei deutscher Gesinnung im Denken und Handeln erbrachte. Zwar wurde und wird dieser Beweis tagtäglich von ungezählten deutschen Männern jüdischen Glaubens erbracht. Doch von keinem an so weithin sichtbarer Stelle, von keinem mit jener Grosszügigkeit, jenem überlegenen, politischen Weitblick, der seinerzeit auch die Aufmerksamkeit des Kaisers erregte. Man weiss, dass sich diese Aufmerksamkeit später zu nahen, ja freundschaftlichen Beziehungen zwischen Wilhelm II. und Ballin verdichtete, und die Tatsache, dass ein — nicht einmal getaufter — Jude dem deutschen Kaiser befreundet war und in dauerndem engen Kontakt und Briefwechsel mit ihm stand, ist den Politikern und Presseleuten der Rechten ein Grund mehr, das Andenken Ballins zu verkleinern und namentlich dessen langjährige, auch im Krieg fortgesetzten Bemühungen, eine Verständigung mit England zu finden — das Ballin besser kannte als Tirpitz und Ludendorff — leichtfertig und gedankenlos als pazifistische Flaumacherei zu verschreien. Einsichtige aller politischen Lager haben längst erkannt, dass diese — mit dem Berliner Besuche Lord Haldanes im Jahre 1912 aussichtsvoll genug einsetzenden — Bemühungen von Erfolg begleitet und noch im Kriege die Basis eines erträglichen Friedens gewesen wären, hätten nicht dieselben Männer, die heute mit Ballins Judentum auch seinen politischen Vorausblick missachten zu dürfen glauben, ihm Knüppel zwischen die Beine geworfen. Immerhin darf es als beachtenswertes Zeichen vernünftiger Einsicht gelten, wenn ein rechtsstehendes Blatt wie die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ nur der Persönlichkeit Albert Ballins gerecht zu werden trachtet. Dass auch sie vorläufig nur den genialen Kaufmann rühmt und dessen politischen Einfluss ebenso herabzusetzen sucht wie seine Intimität mit dem früheren Kaiser, sei vorwurfslos vermerkt. Die Wahrheit geht ihren Weg langsam, doch unaufhaltbar. Und die Geschichte wird die heute schon sichtbare Wahrheit über diesen grossen deutschen Juden in ihre Tafeln graben.

*) „Albert Ballin“, Verlag Gerhard Stalling-Oldenburg, Preis ca 90 M.

2391 Namensregister **Braßler,** Karl s. 91 14. 3. 22.

2391 Namensregister, **Einstein,** Karl: Die schlimme Botschaft s. 556 **Das Christusdrama eines Juden** 14. 3. 22.

2391 Namensregister **Eisfeld,** Karl, Verfasser von „Jüdischer Antisemitismus und Arbeiterschaft s. 242 **Zwei Schriften gegen den Verband nationaldeutscher Juden** 14. 3. 22.

2391 Namensregister **Friedrichs,** Johannes: Verfasser von „Eine Lösung der Judenfrage“ s. 242 **Zwei Schriften gegen den Verband nationaldeutscher Juden** 14. 3. 22.

2391 Namensregister, **Gorsleben,** John s. 83 **Ruge** 14. 3. 22.

2391 Namensregister 14. 3. 22.

Ludendorff.

Zur Geschichte der Familie Ludendorff haben wir folgendes erfahren:

„Der Erste Generalquartiermeister Erich Ludendorff entstammt, wie Rektor Goetze in den „Familiengeschichtlichen Blättern“ mitteilt, einer hochangesehenen Demminer Kaufmanns- und Ratsfamilie. Die Familie Ludendorff wird zuerst 1653 als in Demmin ansässig erwähnt. Paul Ludendorff besass in jenem Jahr Haus und Hof in der Kahldenstrasse. Jürgen L. hatte vor 1653 eine Hausstätte am Markt. Anna L. war mit Joachim Brander, dem Demminer Bürgermeister und pommerschen Landrat während des Dreissigjährigen Krieges, vermählt. 1664 gehörte der Kaufmann Johann L. dem Rat der Stadt als Senator, von 1677—1686 als Kämmerer an. 1669 und 1683 war er Vorsteher und Provisor der St. Bartholomäuskirche. Verheiratet war er mit Maria Viethen. Sie hatten 14 Kinder. Zu diesen gehörte der am 2. Mai 1682 getaufte Petrus Ludendorff. Dieser wurde Kaufmann, 1720 Kirchenprovisor, 1733 Senator. Er verheiratete sich 1713 mit Gertrud Schütte. Der jüngste Sohn von ihren 10 Kindern war der am 14. Juli 1727 getaufte Carl Otto Ludendorff. Dieser wurde Bürger und Kaufmann in Stettin und schloss dort am 29. September 1759 die Ehe mit Sophie Elisabeth Weilandt, die hinterlassene Tochter des Seidenhändlers Abraham Weilandt in Stettin. Ihrer Ehe entsprossen 6 Kinder. Ihr jüngster Sohn August Wilhelm L., seit 1795 Kaufmann in Stettin, verheiratete sich 1796 mit Karoline Rudolphy aus Demmin. Dieser Ehe entstammten drei Kinder, eine Tochter und zwei Söhne, deren ältester August Wilhelm Theodor L. der Grossvater von Erich Ludendorff war. Während die Ludendorffs bisher die Kaufmannschaft betrieben, wurde der am 12. März 1833 in Stettin geborene August Wilhelm L., der Vater Erich Ludendorffs, Offizier und Landwirt.“

Wir warnen, aus dem Vornamen Petrus oder Abraham auf jüdische Versippung zu schliessen.

2391 Namensregister. 14. 3. 22.

Karl Marx.

Es wird immer wieder behauptet, dass der Begründer der deutschen Sozialdemokratie nicht Marx, sondern Mordechai geheissen habe, diesen jüdischen Namen aber verleugnet habe, um bei der Arbeiterschaft kein Misstrauen zu erregen. Tatsächlich ist Karl Marx am 5. Mai 1818 in Trier als Sohn des Advokaten Heinrich Marx und dessen Ehefrau Henriette geboren.

2391 Namensregister, Mesch, s. 83 Ruge 14. 3. 22.

2391 Namensregister, Ramin, Jürgen von s. 83 14. 3. 22.

2391 Namensregister Reventlow, Graf Ernst zu, im „Reichsw." „Zur Naumannfrage" s. 242 14.3.22.

2391 Namensregister, Ruge, Arnold, s. 83 14. 3. 22.

2391 Namensregister. 14. 3. 22.

Dr. James Simon.

Die deutschvölkische Presse brachte bis in die letzte Zeit hinein wiederholt Nachrichten, dass der um das deutsche Kunstleben hochverdiente Dr. James Simon Gemälde nach dem Auslande aus eigennützigen Zwecken gebracht habe. Was die ausschlaggebenden deutschen Kunstkreise dazu sagen, zeigt der in der Groteschen Verlagsbuchhandlung (Berlin 1920) erschienene Führer „Die zweite Sammlung Simon im Kaiser-Friedrich-Museum zu Berlin, worin kein Geringerer als Direktor v. Bode selbst das folgende sagt:

„Mir liegt es nur ob, dem verehrten Spender im Namen unserer Museen noch den besonderen Dank dafür auszusprechen, dass (Dr. James Simon) er zu einer Zeit, wo alles bei uns in Deutschland zusammenzubrechen scheint, wo die Kunstsammlungen zerschlagen und ins Ausland verschoben werden, wo sich Dr. Simon selbst aus Familienrücksichten von den schönsten, weltberühmten Stücken seiner holländischen Gemäldesammlung hat trennen müssen, den Mut und die grosse Gesinnung ge-

(2391 Simon.)

funden hat, wieder eine umfangreiche wertvolle Sammlung, die er in zwei Jahrzehnten aus eigenstem Interesse und nach eigenster Wahl erworben hat, den Museen zum Geschenk zu machen und anderen, mutloseren Sammlern mit leuchtendem Beispiel voranzugehen."

2391 Namensregister. 14. 3. 22.

Dr. Rudolf Steiner.

Der Führer der Anthroposophen, Herr Dr. Steiner, der vielfach als Jude bezeichnet wird, ist weder Jude noch jüdischer Abstammung. Er entstammt einer rein deutsch-christlichen Familie, die in Ungarn ihren Wohnsitz hatte.

2391 Namensregister, Theis, Johannes gegen Friedr. Delitzsch s. 131 Eine katholische Stimme gegen den Antisemitismus 14. 3. 22.

2392 Vereinsregister, Alldeutscher Wehrschutz e. V. s. 95 14. 3. 22.

2392 Vereinsregister. 14. 3. 22.

Ein republikanischer Lehrerbund.

Die „Freiheit" Nr. 8 schreibt: „In Erkenntnis der Gefahren, die der Republik von innen und aussen drohen, und angesichts der Notwendigkeit, durch die Schulen ein neues, mit „republikanischem Geist" erfülltes Geschlecht heranzuziehen, haben sich in Freiburg i. Br. Männer und Frauen des Lehrerberufs zu einem republikanischen Lehrerbund an Volks- und Hochschulen zusammengeschlossen."

Sollte in Versammlungen, insbesondere bei Elternbeiratswahlen, etwa die Entstehung dieses neuen Bundes antisemitisch ausgenutzt werden, so ist dem entgegenzuhalten, dass schon seit längerer Zeit ein Bund völkischer Lehrer existiert, der in Flugblättern niedrigsten Niveaus und in Versammlungen auf die Notwendigkeit hinweist, den Judenhass in die Schulen hineinzutragen und, wo er bereits vorhanden ist, zu stärken.

2392 Vereinregister, Bund völkischer Lehrer s. 2392 Ein republikanischer Lehrerbund 14. 3. 22.

Alphabetisches Stichwortverzeichnis.

Verantwortl.: Syndikus Dr. Ludwig Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I. — Druck: Berliner Spezial-Druckerei, G.m.b.H., NW 21, Alt-Moabit 105.